

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667. Für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3606-3696. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4.30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestelgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: nur-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: nur-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [15 US PF.] - Nr 490

SONNABEND, 17. OKTOBER 1931

MORGEN-AUSGABE

25 Stimmen Mehrheit für Brüning

Harzburg plus Thälmann plus Dingeldey unterlegen

Die parlamentarische Schlacht ist geschlagen, hat mit dem ermarteten Sieg der Regierung geendet. Die Ablehnung des Mißtrauensantrags der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten mit 295 gegen 270 Stimmen bei nur drei Enthaltungen wurde von der Mehrheit mit einem Zeitpaß bekräftigt, wie man ihn in diesem Hause nicht oft gehört hat. 577 Abgeordnete zählt der Reichstag und 568 haben sich an der Abstimmung beteiligt, nur 6 Mitglieder des Hauses haben gefehlt, darunter der preussische Ministerpräsident Dr. Braun, der krank in Neoson liegt.

Mit der Ablehnung der Mißtrauensanträge, die sich gegen das Gesamtministerium richteten, war die Schlacht für das Kabinett Brüning gewonnen. Die Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister wurden mit erheblich größeren Mehrheiten abgelehnt, weil die Gruppen der gemäßigten Rechten es ablehnen, für die „kommunistischen Demonstrationsanträge“ zu stimmen.

Wie die drei Kampftage des Parlaments durch die erste Rede des Kanzlers ihre bestimmende Richtung erzielten, so bildete die zweite Kanzlerrede den wichtigsten Höhepunkt. Wieder war der Reichstag eine halbe Stunde lang im Sinne Brünings, der diesmal nicht von der Tribüne, sondern von seinem Platz auf der Regierungsbank sprach. Seine Auseinandersetzung mit dem Landvolk, dessen Verhalten er als einen historischen Fehler bezeichnete, die Verantwortlichkeit der Regierungspolitik während der letzten Monate, die darauf gerichtet sei, ausgleichend zu wirken, und es vermeiden sollte, daß zwei feindliche Fronten gegeneinander stehen, das alles fand demonstrative Zustimmung bei fast allen Parteien auslösten den rabiaten Pfiffen. Raun ein Stoß, der nicht mit Händeklatschen unterdrückt wurde.

Am Schluß ging er auf den „offenen Brief“, ein den Müller an ihn gerichtet hat. Aus Ton und Inhalt zeigt die Schlußfolgerung, daß vier Fünftel des Reichstages für einige Monate alle parteipolitischen Gegensätze zurückstellen könnten, um gemeinsame Arbeit für das Vaterland zu leisten. Das waren Sätze, von denen man annehmen könnte, daß sie auch Reichspräsident von Hindenburg bei dem Empfang Müllers gesprochen habe. Um so trasser wirkte die schneidende Schärfe, mit der der deutschnationale Abgeordnete Schmidt-Hannover über den Mißtrauf der Harzburger Aktion antwortete. „Brüning ist nicht Deutschland“, schmetterte der enttäuschte Generalkommandeur der Jugendbewegung in den Saal. „In dem Schicksal, das der Zukunft anheftet, und Schmidt ist nicht einmal Hannover“ gingen seine weiteren Sätze unter.

Kein Zweifel: nicht nur im Reichstag, auch draußen im Land wurde die Reaktion mit den Kommunisten in dem Bemühen zusammenzukommen, die Gegensätze bis zur Zerreißung zu verschärfen. Das erste Treffen dieses Winters ist gewonnen. Mehr nicht.

*

Außer dem preussischen Ministerpräsidenten haben bei der Reichstagsabstimmung bei den Kommunisten die Abgg. Wodanala und Kerschberg, bei der Deutschen Volkspartei die Abgg. Dr. Curtius und Dauch und bei der Wirtschaftspartei der Parteivorsitzende Dr. Bredt gefehlt. In allen Fällen lagen krankheit oder andere unüberwindbare Hindernisse vor. Die Fraktionen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, des Zentrums, der Christl.-Sozialen, der Bayer. Volkspartei, des Landvolks und der Staatspartei waren bis auf den letzten Mann erschienen. Enthaltungen haben sich bei der Abstimmung bei drei Deutsch-Sammelparteien.

Bei der Deutschen Volkspartei haben fünf Abgeordnete gegen die Mißtrauensanträge gestimmt und zwar die Abgg. Dr. Rahl, Gieseler, Dr. Kalle und Dr. v. Bartheß. Die Abgg. Dr. Weidner und Dr. Schneider-Bresden haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Landvolk hat bis auf die Abgg. Schlang-Schwingen und Dorff-Hoffen

für die Mißtrauensanträge gestimmt. Der Abg. Schlang hat gegen die Mißtrauensanträge gestimmt, der Abg. Dorff hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Die Wirtschaftspartei hat geschlossen gegen die Mißtrauensanträge gestimmt.

Brünings Sieg bildlich



Unser Schaubild über die gestrige Reichstagsabstimmung zeigt in dem sechshundert Sektor die Parteien, die gegen den Mißtrauensantrag, also für ein Kabinett Brüning gestimmt haben. Die Spaltung bei der Reichspartei und beim Landvolk, so bzw. 1 Abgeordneter im Gegensatz zu ihrer Fraktion für Brüning stimmten, ist deutlich sichtbar bei drei Stimmeneinheiten in diesen Parteien müssen vernachlässigt werden. Der überwiegende Teil der Volksparteier und Bauernparteilichen, Nationalsozialisten und Kommunisten (meiste Sektoren) stimmte gegen Brüning; nur die drei Sammelparteien (stark geteilt) haben Stimmeneinheit geübt.

Der Papst an die spanischen Katholiken

ROM, 16. OKTOBER

Der Papst hat an den spanischen Antistas einen Brief gerichtet, in dem er ihn auffordert, allen Exzelsissen, Bischöfen und Priestern mitzuteilen, daß er mit seinem ganzen Heran an den Schwärzen und Mordtaten des gegenwärtigen Augenblicks in Spanien teilhabe, daß er weiterhin mit aller Entree protestiere gegen die rücksichtslos der Kirche zugefügten Verletzungen und Schädigungen, daß er am kommenden Christ-Königs-Donnerstag eine besondere Messe in St. Peter abhalten wird. Am Ende spricht der Papst aber seine Zuversicht aus, daß mit der Unterstützung der Outgestellten und auf dem Weg der Willigkeit und der Gesinnung die schwersten augenblicklichen Schäden wieder gutgemacht werden könnten, und daß vor allen Dingen die schwersten Opfer, d. h. eine einseitige Bekehrung der religiösen Tradition Spaniens, vermieden werden könne.

Das dieser Sendung des Papstes gewinnt man hier weiterhin den Eindruck, daß es zu einem endgültigen Bruch zwischen dem Vatikan und der Spanischen Republik nicht kommen wird.

Ein unerbetener Gast

Wie die „Steger Tagespost“ erzählt, ist der geweseene Oberkonsulmann der Schweiz und Bischof des 13. September, Dr. Pfeiffer, gestern nachmittag mit dem Schnellzug nach Würzburg in Jugoslawien, wohin er geflüchtet war, in der Richtung Triest abgereist. Die Fahrkarte Dr. Pfeiffers geht über Venedig-Wien nach München. Dr. Pfeiffer wird Sonntag nachmittag in München eintriften.

Die Scheidelinie

Im Reichstag hat sich keine Mehrheit gefunden, die bereit war, durch den Sturz der Regierung Brüning eine Krise zu eröffnen, deren Dauer, Entwicklung und Ausgang niemand hätte voraussagen können. Die Überwiegenden haben untergehalten. Die Forderung, die an einem Dreiecksbündnis, hat nicht mit einem schwarzen Freitag geendet. An dem Tag, an dem der französische Ministerpräsident seine Reise nach Washington antrat, hat die Autorität der Reichsregierung eine doppelte Stärkung erfahren: einmal durch die Entsendung des Reichslegations und dann durch den Erfolg der Reichshauptversammlung, die 170 Millionen gestiftet und vertrieben hatte herangezogen und damit der deutschen Wirtschaft nicht nur neues Lebensblut zugeführt, sondern hoffentlich auch neuen Lebensmut.

Es hat sich bestätigt, daß das zweite Kabinett Brüning trotz der geringen Veränderungen einen ganz anderen Charakter trägt, als die Regierung der drei Unterordnungen. Die Parteien sind geblieben, aber der Geist hat sich geändert. Der Reichstagler, der am Dienstag und am Freitag sich zum Manifeste lasmadete und nicht nur zum Parlament, sondern zur ganzen Nation sprach, hat „den Rubikon überquert“. Das hat ihm ein Organ des deutschen Nationalen Parteiführers nachgelegt und hat ihm wieder Rubikon den betreffenden Grund beifügt, der von der Kampfschlacht des Kanzlers ausging.

Unter Führung Dingelshaus hat die Deutsche Volkspartei den Anstoß an Jugoslawien gefunden. Aus einer Staats- und Volkspartei ist eine „reine Industriepartei“ geworden, die es, wie es in dem gesehnen von der „Wossischen Zeitung“ veröffentlichten Streifenmanne-Veich prophesiert heißt, als ihre Aufgabe ansieht, die „Wirtschaft Deutschlands durch die „Autarkie“ (Jugoslawien) herbeizuführen“. Unter dreißig hat es immerhin noch haben gegeben, die nicht mit Nadeln gehen, und fünf, darunter Stahl und Schweiß haben es gelehnt, wie Streifenmann es getan hätte. Das Erdreißende ist die Subalternität des Vorgesanges. Wirtschaftsmacht, die zum Teil selbst nicht wissen, was sie wollen, finden zu ihrem eigenen Schaden also eigene Diener.

Die Scheidelinie liegt dort, wo die einseitige Interessenwahrung Staats- und volkserzitternd wirkt. Der Reichskanzler hat von den „Sirenenstimmen“ gesprochen, die ein Abgleiten der Währung nach englischem Muster als Ausweg aus allen Schwierigkeiten empfehlen. Im preussischen Landtag hat der Zentrumsvorsitzende Bauhoff in einer Rede gegen die Streifenmacher gesagt, in Harzburg ist „der Herd der Infektionsgefahr“ gewesen und hat den Kern der Reaktion, der darauf losbrach, mit den Worten zum Schweigen gebracht: „Schreien Sie nicht so laut, sonst reißt einmal der Kanzler von dem, was in den vier Wänden seines Arbeitszimmers liegt ausgezogen hat“. Was Brüning im Zentrum des Geistes ausgeführt hat, war eine faulstimmige Arbeitsetzung seiner Erklärungen in der Zentrumskommunikation, in der als Folge des Harzburger Vorfalls eine gerade lebensfähige Empörung gegen die „Härschere des Bürgerkriegs“ herrschte. Es ist eine bewusste Täuschung, wenn behauptet wird, daß nur die „Marxisten“ für eine Politik der isolierten Reaktion wiederholten würden. Was das Reichsregierung bisher den Arbeitnehmern und den Beamten zugemutet hat, geht im Vergleich gesehen hat, was eine faulstimmige Arbeiterschaft und sozial Engländer. Diese Linie nicht zu überschreiten, ist der Staatsmann Brüning entschlossen. Es ist die Linie, die gehalten werden kann gegen die unüberwindlichen Kräfte, die bei der weiteren Vererbung des Bruchs sich nehmend zu erheben drohen.

Die Mehrheit der Deutschen Volkspartei hat sich jedenfalls dieser Linie gestellt, weil die Straße, die über sie gebeten, künftighin genug hind, das heißt die Wirtschaft einzig und allein in der politischen Ausgestaltung der Arbeitnehmerschaft zu finden. Das ist nicht Bismarckigkeit, sondern tragische Verblendung, nicht Mangel an gutem Willen, sondern Mangel an politischer Schulung. Die Wäter waren es gewohnt, daß die Christen für milde Arbeit sorgte. Die Epigonen verlangen und verzagen an der Aufgabe, in einer